

Wäster-Zeitung

Verf. im Halle...
Preis: 10 Pf.
Durch die Post bez.
Kriegsgeld:
Raum 12 Pf. Berlin
Preis: Die bestgünstig.
10 Pf. — Schluss der An.
8 Uhr: in den Filial-Expediti.
Bestlage, Beaugä.
22. Einzelnummer 10 Pf.
unter Streifband 8,00 Mk.
Millimeterzelle oder deren
Millimeterzelle oder deren
Millimeterzelle oder deren
Kommunistische Partei

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Handverteilung: Breslau 10, Krennberg Str. 20, Tel. 200 50.
Postfach 1001 Breslau 54. Redaktion: Breslau, Krennberg
Straße 10, Tel. 200 02. Geschäftszeit der Redaktion von 12-13,
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Filialverteilungen:
Wettlich, Oberstr. 20, Tel. 4086; Oppeln, Wallstraße 11, Tel. 1244;
Gellish, Sankt 6, Telefon 3384. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Verlags-
stand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft
m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Krennberg Str. 50.

Böb schwer belastet! Der Korruptionsstandal wächst weiter

Berlin, 11. Oktober. Der Berliner Oberbürgermeister Böb hat wiederholt jede persönliche Beziehung zu den Ellarets abgelehnt. Frau Böb hat aber nicht nur von den Ellarets einen Merzpelz im Werte von 4000 Mark bekommen, der nur mit 400 Mark in Rechnung gestellt wurde und bis zum heutigen Tage noch nicht einmal bezahlt ist, sondern der Oberbürgermeister Böb hat von den Ellarets für seine persönlichen Zwecke, für seine Karriere, Gelder erhalten. So hat Ellarek anlässlich der Gastspiele der Mailänder Scala den größten Teil der Eintrittskarten gekauft und dem Oberbürgermeister Böb zu Repräsentationszwecken zur Verfügung gestellt. Auf die Frage des kommunistischen Stadtverordneten Lange, wer das Defizit trage, erwiderte Böb seinerzeit in der Stadtverordnetenversammlung: „Ich und meine Freunde.“ Heute ist erwiesen, daß diese Freunde die Millionenschieber Ellarek waren. Anlässlich der Turn- und Sportwoche in Berlin haben die Ellarets dem Oberbürgermeister für seine persönlichen Zwecke hohe Summen zur Verfügung gestellt. Dafür erhielt der Oberbürgermeister bereits am 12. Mai 1926 eine amtliche Verfügung, daß alle städtischen Dienststellen ihren Bedarf an Kleidungsstücken nur von den Ellarets zu beziehen haben. Am 1. Juni 1926 verfügte er weiter, daß die Beschaffung der Wohlfahrtsämter nicht durch die städtische Anschaffungs-gesellschaft, sondern ausschließlich durch die Ellarets erfolgen darf. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht das Original der Einschreibequittung über einen Brief, der dem Oberbürgermeister vor fast zwei Jahren bereits von einem früheren Direktor der RWG. zugegangen ist, und in dem Böb die reißende Wahrheit über den Ellarek-Standal angeboten wird. Diesen Brief hat der Oberbürgermeister verschwinden lassen.

In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, wie der Oberbürgermeister Böb sein Vermögen erworben hat. Als Stadtkämmerer von Berlin bezog er Stofflieferungen von der RWG. zum Preise von 1 Mark das Meter, während der reguläre Preis 4 Mark betrug. Auch bei Grundstücksgeheimnissen soll er als Stadtkämmerer gut verdient haben.

Ueber die Verbindung der Deutschnationalen Volkspartei zu den Ellarets, erzählt „Berlin am Morgen“, daß die Vermittlerrolle dabei der deutschnationalen Stadtverordnete G a n z o w spielte, der ständiger Gast im Hause der Ellarets war und mit den Brüdern auf Du und Du verkehrte. Ganzow empfing als Beauftragter der Deutschnationalen Volkspartei von den Ellarets nicht unbedeutende Spenden.

Der Oberbürgermeister Böb, der sich zurzeit in St. Franzisko aufhält, hat folgendes Kabel-Telegramm an den Magistrat geschickt, das nachmittags am 10. Oktober eintraf:

„Haben gemeinsame Beratung Sachlage Ellarek geprüft. Festgestellt, daß keiner von uns über Geschäfte Ellarek und Stadtbank irgendwie unterrichtet oder beteiligt war. Oberbürgermeister, Stadtrat Bennede, Stadtrat Rydahl haben in um Jahre zurückliegender Zeit, Bennede und Rydahl auch in letzter Zeit Kleidung gekauft. Oberbürgermeister hat alles bezahlt. Bennede, Rydahl für die in

letzten Stunden vor Abreise erhaltenen Sachen noch nicht. Für Pelzjade Ellarek waren 275 Mark gefordert. Oberbürgermeister hat diesen Preis abgelehnt und entsprechende Einschätzung des Warenwertes mit Wissen Ellarets 1006 Mark aus eigener Tasche für wohlthätige Zwecke nachweisbar verwandt.

Präsidentenwahl hier dahin beantwortet, daß Beteiligung für Stadtbeamten für ausgeschlossen halten, und die Aktion in Berlin als Wahlmanöver ansehen. Erbitten Berichtigung durch Berliner Presse, sowie gerichtliches Vorgehen wegen Verleumdungen. Klärung der Sache wegen ungünstiger Schiffsverbindung schwer möglich und sachlich bedenklich. Böb.“

Das Kabel-Telegramm von Böb bestätigt also, daß sich der Oberbürgermeister Berlins von den Millionenschiebern Ellarek eine Pelzjade für einen Preis hat geben lassen, der weit unter den Herstellungskosten liegt. Das Kabel-Telegramm zeigt aber noch mehr. Auf den Pelzmantel der Frau Böb, um den es sich bei der Anschuldigung gehandelt hat, und der einen Wert von 4000 Mark befaß, geht Böb überhaupt nicht ein. Statt dessen labelt er von der Pelzjade, die gar nicht zur Diskussion stand, da man bislang von ihr nichts wußte. Ferner erhellt das Kabel-Telegramm noch eine andere bislang unbekannte Tatsache, die nämlich, daß auch der Stadtrat Bennede von der Deutschen Volkspartei und der Stadtrat Rydahl von der SPD. jahrelang von den Ellarets Kleidung bezogen haben, und die zuletzt bezogene Kleidung nicht bezichtigt worden.

Vollends lächerlich wirkt die erneute Behauptung von Böb, daß Beteiligung von Stadtbeamten an dem Ellarek-Standal ausgeschlossen sei angesichts der Tatsache, daß bereits eine Disziplinarrückweisung durch das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg und Berlin, die der Oberregierungsrat Tapoltski führen soll, eingeleitet worden ist.

Selbst die „Germania“ muß zu dem Kabel-Telegramm von Böb in einem Kommentar schreiben:

„Uns interessiert an dieser Angelegenheit das Pelzgeschäft selbst, weniger, als die Tatsache, daß in der Tat auch der Oberbürgermeister Böb zu den Ellarets engere Beziehungen hatte, als man sie hätte annehmen und wünschen mögen.“

Berliner Stadtverordnetenversammlung beschließt die Zurückrufung des Oberbürgermeisters

M. Berlin, 10. Oktober. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung nahm in ihrer Sitzung am Donnerstag einen Antrag der kommunistischen Fraktion gegen die Stimmen der Demokraten an, der den Magistrat ersucht, den Oberbürgermeister Böb sofort telegraphisch aus Amerika zurückzurufen, damit er wegen der gegen ihn erhobenen Vorwürfe zur Verantwortung gezogen werden kann.

denken auch nicht daran, aus einer solchen Zollpolitik, die bei weitem die von den Agrariern geforderten Sätze überschreitet, eine Kabinettsfrage zu machen. Mit den deutschnationalen Stimmen im Ausschuß wurde das Gesetz beschlossen, so daß sich die SPD. den Luxus erlauben konnte, dagegen zu stimmen. Mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister wird das Gesetz durchgeführt. Das ist „demokratische“ Arbeitsteilung.

Heraus mit Margies und den proletarischen Gefangenen! Eine Amnestieaktion der kommunistischen Reichstagsfraktion

(Fig. Ber.) Berlin, 10. Oktober. Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte durch die Genossen Stoeder und Alexander folgende Interpellation ein:

„In Schwertin hat das Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Buschmann den Fememörder Leutnant C e r m a n n unter bewußtem Mißbrauch des Amnestiegesetzes vom 14. Juli 1928 amnestiert. Obwohl unumwiderlegt festgestellt, daß C e r m a n n den Soldaten auf Grund eines tagelangen vorher mit seinen Kumpanen ausgeheckten Planes wohlüberlegt ermordet hat, hat dieses Gericht es fertiggebracht, diesen Tatbestand durch eine offenkundige Rechtsbeugung in eine jahrelange Tötung umzuwandeln.“

Diese Amnestie eines Fememörders stellt nicht nur eine freche Mißachtung des Amnestiegesetzes dar; sie ergänzt zugleich die immer provozierender und brutaler gegen die revolutionären Kämpfer des Proletariats vorgehende Klassenjustiz zugunsten der faschistischen Fememörder.

Fememörder werden amnestiert, während zahlreiche revolutionäre Arbeiter, wie Margies, G ü d e l e, M e h l h o r n, die mannhaft für die revolutionären Ziele des Proletariats sich eingesetzt haben, unter Mißachtung des Wortlauts und des Sinnes des Amnestiegesetzes in den Gefängnissen der deutschen Republik auf Jahre hinaus festgehalten werden.

Ist die Reichsregierung endlich bereit, den Forderungen der gesamten Arbeitererschaft auf sofortige Freilassung aller proletarischen Gefangenen nachzukommen und diese sofort freizulassen?“

Kommunistischer Amnestiegesekentwurf

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: „Der Reichstag wolle beschließen, dem kommunistischen Amnestiegesekentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.“ In diesem Gesekentwurf heißt es, daß sofortiger Straferlaß für die von den Gerichten des Reichs und der Länder verhängten Strafen aus politischen Beweggründen zu erfolgen hat. Des weiteren sollen alle anhängigen politischen Verfahren eingestellt werden. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind lediglich Personen, die sich an Mordtaten oder Verschwörungen der Schwarzen Reichswehr und Organisation Consul sowie der übrigen faschistischen Verbände als Täter, Anstifter, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt haben. Des weiteren verlangt der Gesekentwurf die Bildung einer Amnestieausschusses.

Demonstrationsverbot in Hamburg

Hamburg, 11. Oktober. Im Auftrage des sozialdemokratischen Koalitionsrats in Hamburg hat der Polizeipräsident die für Mittwoch angelegte Demonstration des Norddeutschen Arbeiterjugbundes wegen „Verfälschung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ verboten. Die kommunistische Partei hat trotzdem zu Demonstrationen in Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg aufgerufen.

Das Verbot ist eine ungeheuerliche Provokation und bedeutet im Zusammenhang mit den bereits erfolgten Verbots der Kundgebungen in Geesthacht und Eppendorf praktisch das allgemeine Demonstrationsverbot im Groß-Hamburger Gebiet.

Landgemeindetags-Delegierte!

Alle Genossen, die am Schlesischen Landgemeindetag teilnehmen, werden ersucht, Sonnabend vormittag 10 Uhr auf dem Sekretariat, Feldstraße 50, vorzutreffen.

Zollwucherdiktatur der Hermann-Müller-Regierung

Weitere unerhörte Erhöhung der Fleischzölle

(Fig. Ber.) Berlin, 9. Oktober. Der handelspolitische Reichstagsausschuß hat in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 9. Oktober, mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen, mit Ausnahme der Sozialdemokratie und selbstverständlich gegen die Stimmen der Kommunisten, ohne Debatte einen Gesekentwurf angenommen, der mit sofortiger Wirkung die Zollsätze für lebendes Rindvieh von 13 Mark auf 24,50 Mark den Doppelzentner, für lebende Schafe von 13 Mark auf 22,50 Mark und für frisches oder gestorenes Rind- oder Schaffleisch auf 45 Mark heraufsetzt. Das sind jedoch nur die Mindestzölle, die noch erheblich überschritten werden können, sie dürfen aber nicht unter diesen Sätzen bleiben. Da auch die bisherigen Mindestzölle bereits überschritten waren, beträgt die Erhöhung z. B. beim lebenden Rindvieh mehr als 50 Prozent, in der Praxis aber werden es weit mehr sein.

Der handelspolitische Reichstagsausschuß hat das Recht, auch ohne Plenum Beschlüssen sofortige Gesekestrast zu geben. Dieser Zollwucher ist also, sobald der Reichsrat zugestimmt hat, Gesek. Er muß zu einer unerhörten Verteuerung der jetzt schon hohen Lebenshaltungskosten der Arbeiter führen. Für die Art, wie unter Duldung der Reichsregierung solche Geseke gemacht werden, ist die

Tatsache bezeichnend, daß ein Mehrheitsbeschuß zur Gesekstiftung vorher angenommen wurde, wonach dieses Gesek ohne Debatte zur Abstimmung kommen soll, da ja eine Mehrheit gesekert sei, weil neben den Regierungsparteien außer der SPD. auch die Deutschnationalen ihre Unterschrift hzb. Zustimmung im voraus gegeben haben. Wenn diese Methode Schule macht, genügt es ja in Zukunft überhaupt, wenn die Fraktionsführer vorher feststellen, ob ihre Parteien für einen Antrag oder ein Gesek stimmen, um überhaupt die ganze parlamentarische Verhandlung als überflüssig zu erklären. Vom Standpunkt der Kennzeichnung des ganzen Parlamentarismus kann man eine solche offene Diktatur, die nur noch dürftig parlamentarisch verbrämt wird, nur begrüßen. Aber es handelt sich nicht nur darum, sondern um die Abwehr der neuen Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Dieses Wuchergesek hätte allerdings nicht angenommen werden können, wenn nicht drei Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion in der Ausschußsitzung gesekert hätten. Dadurch war es unmöglich, schon zu Beginn der Sitzung den Vertagungsantrag durchzuführen, der dann später, als endlich drei weitere Abgeordnete der SPD. sich einfinden für notwendig hielten, auch angenommen wurde. Die SPD. ist daher voll verantwortlich für diesen Zollwucher. Ihre Minister

Im Kampf gegen die Innungsstrauer!

Sieben Wochen Tischlerstreik! — Gesellen und Lehrlinge in einer Kampffront

Seit sieben Wochen stehen von 1800 Tischlern in Breslau 450 Kollegen im Streik.

Sie kämpfen nicht um eigene Lohnforderungen, sondern um die Anerkennung der im Bezirkstarif festgelegten Urlaubs- und Postgelde für Lehrlinge. Die Innungsstrauer wollen diese Regelung nicht anerkennen. 4 Mark verdient ein Lehrling im ersten Jahre, und wenn er vier Jahre lang gearbeitet hat, dann darf er als vollwertige Arbeitskraft mit 16 Mark nach Hause gehen. Neben diesen Hungerlöhnen fünf Tage Urlaub im Jahre. Bis zu zehn Stunden werden die Lehrlinge am Tage ausgebeutet, und das nennt die Gewerkschaftsbürokratie und an der Spitze der rühmlichst bekannte Bonge Kubnt, geordnete Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse.

Kollegen! Das ist blutiger Hohn. Kann euch der Kampf in seiner augenblicklichen Führung Erfolg bringen! Die Tatsachen sprechen dagegen.

In den von 450 Kollegen bestreikten Betrieben sind 800 Lehrlinge und hunderte Streikbrecher. Für diese Streikbrecher ist die Gewerkschaftsbürokratie verantwortlich zu machen, denn sie hat bei Beginn des Streiks nichts unternommen, um die auswärtigen Tischlerkollegen vom Streik fernzuhalten und die erwerbslosen Tischler in Breslau zu benachrichtigen. In den größeren Betrieben sind noch 1200 Tischler und 100 Lehrlinge in Arbeit. Das beweist, daß die Gewerkschaftsbürokratie keinen ernstlichen Kampf gegen die Ausbeuter zu führen gedenkt und euch betrügen will. Sie lassen den größten Teil der Tischler in den Betrieben, tun nichts, damit die Lehrlinge in die Kampffront eingereiht werden, und die Unternehmer haben die Gelegenheit, dadurch die Lehrlinge als billige Arbeitskraft noch mehr auszunutzen, da sie Arbeiten verrichten müssen, die sonst von euch gemacht werden, Arbeitsaufträge, die von den Innungsstrauern nicht erledigt werden können, übergeben sie den großen Betrieben und erhalten dafür einen Teil des Profits. Ist das nicht bewußte Streikbrecherialität der Gewerkschaftsbürokratie? Hinter dem radikalen Gerbde der Gewerkschaftsbongen versteckt sich der bewußte Betrug an euch. Deshalb können auch die Innungsstrauer den starken Mann spielen.

Was ist zu tun? Führt gegen den Willen der Bürokratie den verstärkten Kampf durch!

Dazu ist notwendig, sofortige Einbeziehung aller Tischlerkollegen in den Streik.

Heraus mit den Lehrlingen aus den Betrieben, damit sie gemeinsam mit euch den Kampf führen. Bildet in den Betrieben Kampfleitungen, in denen erwerbslose Tischlerkollegen vertreten sein müssen, um Streikbrecherarbeit durch Arbeitslose zu verhindern. In diese Kampfleitungen müssen auch unorganisierte Kollegen hineingewählt werden. Die Lehrlinge müssen neben der Beteiligung an den Kampfleitungen Jugendbetriebsvertrauensleute wählen, die den Kampf der Lehrlinge um bessere Arbeitsbedingungen organisieren.

Kampf um zwei Jahre Lehrzeit und Zusammenfassung der Lehrlinge in Lehrlingsvereinigungen unter Aufsicht revolutionärer Betriebsvertrauensleute. Das Postgeld muß für das erste Lehrjahr 25 Prozent, das zweite 50 Prozent der tariflichen Spitzenlöhne betragen.

Gegen die verschärfte Ausbeutung, für Sechsstundenarbeitszeit und bezahlten Vierwöchigenurlaub.

Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit bei Bezahlung derselben durch die Unternehmer.

Abschaffung der individuellen Lehrverträge und Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge.

Verbot jeder Beschäftigung von Lehrlingen zu außerberuflichen Arbeiten, z. B. Aufräumen und Privatdienste.

Kampf gegen das Berufsausbildungsgesetz, das eine erneute Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Lehrlinge darstellt.

In Verbindung mit dem Kampf um die Forderungen der Lehrlinge müssen die Tischlerkollegen den von der Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern auf zwei Jahre abgeschlossenen Tarif durchbrechen und eine 20prozentige Lohnerhöhung auf die bisherigen Spitzenlöhne fordern.

Viele Kollegen liegen auf der Straße. Ihr anderen werdet immer mehr ausgebeutet, kämpft deshalb für den Siebenstundentag, gegen die sich dauernd verschärfende Ausbeutung.

Die praktische Solidarität der Arbeiter wird auch bei einem entschlossenen Kampf sicher sein.

Lehrlinge, Kollegen aus den Betrieben, streikende Tischler, kommt Montagabend, 1/8 Uhr, zur Versammlung in der „Bratislawia“, Mauritiusplatz.

**Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.
Kommunistische Partei Deutschlands.
Kommunistischer Jugendverband Deutschlands.**

belämpft. Wir erklären offen, daß die Gesetze der kapitalistischen Republik, die heute von sozialdemokratischen Ministern behütet werden und mit Hilfe der Sozialdemokratie geschaffen wurden, von der revolutionären Arbeiterschaft nicht respektiert werden, weil sie die revolutionäre Offensive und die proletarische Gegenwehr im Klassenkampf hemmen sollen. Die Betriebsräte können nur vorgeschobene verantwortliche Positionen im Kampf gegen das Unternehmertum und die Herrschaft des Kapitals sein, und zwar sind die Betriebsräte ständige Organe der Arbeiterklasse, deren Charakter durch das Gesetz verfaßt wurde, und der im Prozeß des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse wieder hergestellt werden muß. Die Arbeiter in den Betrieben müssen sich im klaren darüber sein, daß innerhalb des kapitalistischen Systems ein besonders günstiger Boden ist für die Saat der reformistischen Verleumdung und kapitalistischen Verlodungen. Vor allem in Zeiten der Passivität der Arbeiterklasse sind gerade die Betriebsräte der Gefahr des Opportunismus ausgesetzt. Die revolutionären Betriebsräte können ihre Aufgaben nur durch den revolutionären Kampf der Massen erfüllen. Deshalb ist ihre wichtigste Aufgabe, die revolutionäre Mobilisierung und politische Erziehung der Betriebsbelegschaften. Andererseits muß dem opportunistischen Abgleiten der Betriebsräte vorgebeugt werden durch eine ständige Kontrolle und Selbstkritik durch die Arbeiter des Betriebes.

Die gesetzlichen Bestimmungen und Möglichkeiten müssen durch die revolutionären Betriebsräte geschickt in ihrer Tätigkeit für den revolutionären Kampf ausgenutzt werden. Ihre Tätigkeit darf sich jedoch keinesfalls auf den Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen beschränken. Die Richtlinien für die Verantwortung der konkreten Fragen im Betrieb durch den revolutionären Betriebsrat sind die Grundzüge des allgemeinen Klassenkampfes, die in Theorie und Praxis verkörpert werden durch den Marxismus-Leninismus. Deshalb besteht die Schulungsarbeit der roten Betriebsräte vor allem darin, ihre Praxis mit diesen Prinzipien in Übereinstimmung zu bringen und die Strategie des revolutionären Klassenkampfes zu erlernen.

In den Gewerkschaften beziehen die betr. Betriebsräte Vorpostenstellung für die revolutionäre Opposition. Die sozialfaschistische Politik der Bürokratie und die Ausnutzung der Betriebsräte als ihre Hilfsorgane wird auf das schärfste bekämpft.

Es gibt bereits eine ganze Reihe Beispiele aus der Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte, die beweisen, daß nur auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes eine erfolgreiche Tätigkeit der Betriebsräte für die Arbeiterschaft möglich ist. Jede Abweichung von diesem Weg nützt nur der Bourgeoisie und ihren sozialfaschistischen Helfern. Verbesserungen für die Belegschaft sind überall dort möglich, wo der Kampfwille und die Kampfbereitschaft der Arbeiter hinter dem Betriebsrat stehen. Für die revolutionäre Opposition ist klar, daß solche Verbesserungen keine Faktoren sind, die entscheidend ins Gewicht fallen für die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, weil sie durch andere Gaunereien der Unternehmer weit gemacht werden. Solche Aktionen mobilisieren und aktivieren jedoch die Betriebsbelegschaften zum Kampf. Deshalb müssen sie mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden.

Selbst dort, wo ohne materielle Ergebnisse gekämpft wurde und große Opfer von der Arbeiterschaft gebracht wurden, wie z. B. auf Zechen De Wendel, Bochumer Verein usw., ist die Position der revolutionären Opposition durch den Kampf nicht schwächer, sondern fester geworden. Verloren ist die Opposition und ihre Betriebsräte nur dort, wo sie sich fast in nichts von den Reformisten unterscheiden. Der Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 30. November und 1. Dezember wird aus der bisherigen Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte die Lehren ziehen und für die kommenden Wahlen in den Betrieben die Aufgaben stellen.

Sturm an der französischen Atlantikküste

11. Paris, 10. Oktober. An der französischen Atlantikküste dauert das schwere Unwetter an. Seit Tagen wütet vor Le Havre starker Sturm. Die Schifffahrt ist sehr behindert. Der Schiffsverkehr zwischen Le Havre und Trouville ist unterbrochen.

Amerikanischer Expresszug verunglückt. 11. London, 10. Oktober. In der Nähe von Portage ist der Expresszug Pittsburg-Washington auf einen Güterzug aufgelaufen. Fünf Personen wurden getötet, verschiedene andere verletzt. Eine Dispersionsmission mit Ärzten, Krankenschwestern und medizinischen Ausrüstungen ist unterwegs.

Die Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte

Von Erich Auer

Eine unbestreitbare Tatsache ist es, daß der Gedanke der Betriebsräte durch die reformistische Praxis und Theorie, durch das Salonfähigmachen der Betriebsräte, durch ihre Verankerung in der Weimarer Verfassung völlig in den Augen der Arbeiterschaft kompromittiert wurde. Durch diese Entwürdigung wurde die Herrschaft des Proletariats, die in den Betriebsräten zum Ausdruck kam, durch die von Röske und Konsorten geförderte Reaktion beseitigt. Das Interesse breiter Schichten von Arbeitern und Arbeiterinnen an den gesetzlich verankerten und reformistisch arbeitenden Betriebsräten ist von Jahr zu Jahr zurückgegangen.

Eine Aktivierung der Betriebsräte, ihre revolutionäre Wiedergeburt erfolgt im Zusammenhang mit der neuen allgemeinen revolutionären Offensive der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Der völlige Bruch mit den reformistischen Methoden der Wahl und Arbeit der Betriebsräte sind der Ausdruck für die beginnende Offensive und revolutionäre Wiedergeburt der Betriebsräte.

Der völlige Bankrott und die Kompromittierung der in der Verfassung verankerten und gesetzlich arbeitenden Betriebsräte ist nicht verwunderlich, wenn man weiß, welche Aufgaben diesen Betriebsräten gestellt werden. Im heftigen Bericht der Gewerbaufsichtsbearbeiter für 1928 heißt es darüber folgendermaßen:

„In Zeiten schleppender Konjunktur sind die Betriebsräte begreiflicherweise mehr oder weniger in der Erfüllung wichtiger Aufgaben behindert und teilweise zur Ohnmacht verurteilt. In derartigen Zeiten müssen alle Maßnahmen, die nicht unmittelbar

und dringend der Aufrechterhaltung der Produktion des Betriebes dienen, zurückgestellt werden.“

Betriebsräte, die in solcher Weise ihre Aufgaben auflassen, sind von vornherein zum völligen Bankrott verurteilt. Sie geraten in einen unlöslichen Widerspruch, der zugleich der Widerspruch des Kapitalismus ist, der Ausgangspunkt ist für die Mobilisierung der Kräfte, die dieses System vernichten. Es ist unmöglich, die Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu vertreten und zugleich die kapitalistische Wirtschaft und damit den Profit der Unternehmer, der die Quelle für das Geld und die Not aller Werktätigen ist, die im revolutionären Kampf die Betriebsräte als eine wichtige Form ihres Kampfes hervorgehoben haben. Hier wird in einem amtlichen Organ ausgesprochen, was die Opposition wiederholt festgestellt hat, daß die Betriebsräte nach dem Willen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie als Organe des kapitalistischen Systems arbeiten sollen.

Wozu die Betriebsräte in der heutigen Gesellschaft durch die Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gerade noch gebraucht werden, wird im Reichsarbeitsblatt Nr. 26 gesagt:

„Die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Regelung der Arbeitszeit ist oft dadurch unentbehrlich geworden, daß in dem tariflichen Arbeitszeitabkommen die Leistung von Arbeitern in immer steigendem Maße von der Zustimmung der Betriebsräte abhängig gemacht wird.“

Es ist klar, daß die revolutionäre Opposition eine derartige Praxis und Aufgabenstellung der Betriebsräte auf das schärfste

„Gildehof“ in ALLER Munde

Mit Genugtuung stellen wir fest: „Gildehof“ hat die Raucher und uns nicht enttäuscht. „Gildehof“ gewann unserem Hause viele neue Freunde. „Gildehof“ wirbt nicht mit Worten. „Gildehof“ 54 wirbt durch höchste Qualität.

Darum: „Gildehof“ in aller Munde!

Haus Bergmann Zigarettenfabrik A-G / Dresden-11

Stadt unter dem Zeppelin-Komplex

Dieses Geplärre vom Zeppelin wird nachgerade luthisch. Die „Schlechte“ mahnt von ihm, der „Generale“ und natürlich auch die „Wollwacht“.

Gewiß nicht! Denn was so ein simpler Photograph kann, kann Mache schon lange. Kennen die einen im voraus das Antlitz des Zeppelins, so weiß andererseits Mache genau, welche Gefühle er haben wird.

Nebenbei gesagt: er kann uns leid tun. Der Mache nämlich. Denn jetzt muß er seine Ergriffenheit auf Vorrat Tag für Tag mit sich herumschleppen und kann sie nicht los werden.

Ein Trost ist Mache geblieben: er ist nicht der einzige, der vom Zeppelin-Komplex beherrscht wird. Sein Vorgesetzter Hugo Frey, Chef der Firma Kippit & Hinte, hat in seinem Geschäft auf der Taschenstraße das Porzellan ausgestellt.

Schweigen wir lieber davon. Unsere keineswegs vollständige Aufzählung zeigt wohl schon genügend deutlich, wie furchtbar die Folgen der neuen Gefirnseuche sind.

Auf den telegraphischen Wink des Breslauer Magistrats, die ganze Schleifenfahrt bis zum Frühjahr zu verschieben, hat Friedrichshafen folgendes geantwortet: „Bedauern außerordentlich, kommen noch, wenn Wetter besser, eventuell Zwischenlandung in Breslau, besorgt schon Haltemannschaften“.

Sollen die Erwerbslosen verhungern? Stürmische Stadtverordnetenversammlung

Die kommunistischen Hilfsanträge abgelehnt — Bankrotterklärung des Magistrats — Ordnungsrufe gegen Kommunisten — Verräterisches Spiel der Sozialdemokraten

Breslau, 11. Oktober.

Breslau steht vor einem Hungerwinter von ungeheurem Ausmaß. In der fünfständigen Sitzung, in der die kommunistische Fraktion eine Vorlage, die auf einem Willkürlichen Schandverlaß beruhte, und sich gegen die jugendlichen Arbeiter richtete, in ihrer vollen politischen Bedeutung aufzeigte, und in der sie ferner eine Reihe von Anträgen stellte, die Hilfe für die hungernden Erwerbslosen forderte, erklärten Magistratsvertreter und Oberbürgermeister ihren politischen Bankrott.

Bei der Verteidigung ihrer arbeiterfeindlichen und gegen die Interessen der Erwerbslosen gerichteten Politik betrafen sich die Sozialdemokraten zweimal auf die Haltung des Genossen Ammon. Genosse Ammon war in der Lage, nachzuweisen, daß die Sozialdemokraten keine Verbesserungsanträge zugunsten der Pflichtarbeiter abgelehnt hatten, stellte sich aber mit seinen Ausführungen auf falschen politischen Standpunkt und setzte sich in Gegensatz zur Fraktion.

Im Kampf gegen die Magistratsbürokratie und die mit ihr verflochtene sozialsozialistische Partei kennt die kommunistische Fraktion keine personellen Rücksichten. Sie weiß sich eins mit den notleidenden Massen und der überwiegenden Mehrheit der klassenbewußten Arbeiterschaft, wenn sie diesen Kampf rücksichtslos verschärft und stetigert.

Einer der ersten Tagesordnungspunkte bringt die Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Selbstversicherung aller städtischen Gebäude gegen Brandschäden; dafür wird beschlossen, zur

einen Hälfte in Eigen- und zur anderen Hälfte in Privatversicherungen die Gebäude zu versichern. Das heißt, daß also viele Tausende Mark, die der Stadt erhasst werden könnten, den kapitalistischen Versicherungskonzernen in den Rücken geworfen werden.

Eine lange, heftige Debatte entspinnt sich um das Fernheizwerk, das jährlich mit einem in die Hunderttausende gehenden Defizit abschließt. Dieses Jahr sind allein schon bis August 110 000 Mark Verlust zu verzeichnen. Immer wieder kommen Forderungen nach weiterer maschineller Verbesserung, die stets von neuem große Summen erfordern. Und doch klappert es mit der Wärmeablieferung nicht. Im vergangenen Jahre sind das Postamt 2 und die Reichsbahn direktion wochenlang ohne Heizdampf gewesen; das Kollapsrisiko hat während des vorigen Jahres neben der Fernheizung noch eigene Kessel unter Dampf gehalten, um gegen ähnliche Überforderungen wie bei der Post und der Eisenbahn gesichert zu sein.

Zu dem Magistratsantrage auf Anstellung eines Vertrauensarztes für die Erwerbslosen erklärt Genosse Zylla, daß der kommunistischen Fraktion die Schattenseiten des Antrages zu groß erschienen, als daß sie ihm zustimmen könnten. Es sei zu befürchten, daß in Zukunft auch in kleinsten Betrieben die Erwerbslosen Gesundheitskarte vorweisen müssen; außerdem bestesse die Möglichkeit, daß nicht ganz leistungsfähige Erwerbslose aus den erhöhten Unterstufungsätzen heraus und in die niedrigeren genommen werden. Gegen die Stimmen der Kommunisten wird die Anstellung des Arztes beschloffen.

Ein Höhepunkt der Sitzung ist eine Magistratsvorlage, die den Abbau der Unterstützung der Erwerbslosen unter 21 Jahren verlangt.

Kausch (Soz.) glaubt billige Demagogie treiben zu können, indem er zwar gegen die Vorlage polemisiert, aber ganz „vergibt“, daß sein Parteigenosse und Reichsarbeitsminister Wissell den Antrag zu dieser Vorlage gegeben hat, was von dem Magistratsvertreter Stadtrat Tilsner, ausdrücklich bestätigt wird. Genosse Zylla wendet sich in schärfster Weise gegen die Vorlage. Man spare nicht etwa an den Gehältern der Bürgermeister und Stadträte, auch nicht an den Zuschüssen für das Stadttheater, sondern ausgerechnet an der fawtelo schon erbärmlich niedrigen Bezügen der jugendlichen Erwerbslosen. Das ist „Schutz der Jugend“. Bisher belam ein jugendlicher Erwerbsloser, wenn er im fremden Haushalt lebte, 54 Mark Monatsunterstützung; wohnte er bei den Eltern, 40 Mark. Diese bürftigen Sätze sollen jetzt auf 40 bzw. 26 Mark herabgesetzt werden. Schon in der Vergangenheit mußten viele Arbeiterkellern ihre erwerbslosen erwachsenen Kinder auf die Straße werfen, weil sie vielfach nicht in der Lage waren, diese zu ernähren. Die Kommunisten sind mit aller Entschiedenheit gegen die Vorlage. Auch Genosse Dombrowski ergreift das Wort: Man müsse diese ungeheuerliche Vorlage des Magistrats platieren lassen. In ihr wird folgende Behauptung aufgestellt:

„Der Herr Reichsarbeitsminister hat sich bei diesem Erlaß sicherlich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß für jüngere Personen eine Krise auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr besteht, daß vielmehr diese Personen, nachdem sie bereits 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, Arbeit jeglicher Art annehmen müßten.“

So sind die Maßnahmen der sozialdemokratischen Reichsminister. Daß der Völkische Klein unter demagogischer Ausnutzung der Situation sich als Kämpfer für soziale Fürsorge aufspielen kann, beweise die Richtigkeit der Behauptung der Kommunisten, daß die Politik der sozialdemokratischen Reichsregierung die Arbeiter den Falschisten in die Hände treibe. Er frage den Stadtverordneten Kausch, warum er, wenn er Gegner dieser Vorlage sei, den Umweg über das Stadtparlament wählte. Einfacher wäre es gewesen, den Weg über die eigene Partei zu nehmen. Das ist die Rolle der „Linken“, davon abzulenken, daß die Schuld an der verstärkten Ausplünderung bei den Sozialdemokraten liegt. Wissell sei ein Arbeitervertreter (Ordnungsruf des Stadtverordnetenvorsitzers). Die Kommunisten werden die Massen gegen diese Schandpolitik mobilisieren und dafür sorgen, daß auch am 17. November ihren Verteidigern die Quittung ausgestellt wird.

Da Genosse Zylla gegenüber sozialdemokratischen Zwischenrufen auf die Schlägereien in der Vertreterversammlung der SPD. hingewiesen hat, fühlt sich der sichtlich unangenehm betroffene Kausch veranlaßt, „feierlich zu erklären“, daß der Bericht der „Arbeiterzeitung“ „nicht stimme“. Dabei begeht er die Unvorsichtigkeit, zu behaupten, daß Zyllas Mitteilung in der letzten Stadtverordnetenversammlung, im Funktionärorgan der SPD. sei Breslau „eine Stadt des Sozialismus“ genannt worden, nicht wahr sei. Einige Minuten später ist die fragliche Funktionärzeitung zur Stelle, und Herr Kausch und seine Freunde müssen, betrübt den Kopf hängen lassend, zugeben, sich blamiert zu haben, denn dort steht deutlich der vom Genossen Zylla angeführte Satz: Genosse Dombrowski ergreift noch einmal das Wort: Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind nicht die Rekruten des Reichsarbeitsministers, die jedem seiner Wünsche, die Hände an der Hosennähe, sofort nachzukommen hätten. Man könne es den jugendlichen nicht verdenken, wenn sie Pflichtarbeit für 20 Pfennig Stundenlohn ablehnen würden. Tilsch (Soz.) fühlt sich über diese Bemerkung veranlaßt, einen wütenden Angriff gegen den kommunistischen Stadtrat Genossen Ammon zu unternehmen, von dem er behauptet, er sei für die Pflichtarbeit und ihre schlechte Bezahlung verantwortlich. Genosse Ammon stellt demgegenüber fest, daß die Dinge nicht so liegen, wie Tilsch sie dargestellt habe.

Tilsch selbst war es, der bei einer Besprechung verlangt hat, daß Pflichtarbeit in größerem Umfang als bisher zur Anwendung komme.

(Zuruf des Genossen Zylla: „Da haben wir es ja, Tilsch, Sie Schwindler! Ordnungsruf des Vorsitzers.“) Die Freunde des Herrn Tilsch haben, so fährt Genosse Ammon fort, meinen Antrag auf höhere Bezahlung der Pflichtarbeit abgelehnt. Keine Rede von einem Stundenlohn von 60 bis 65 Pfennig heranzuführen.



Sonnabends zu Petersdorff

Das ist eine Lösung, die sich immer lohnt.

Denn immer gibt's dann etwas Neues, Interessantes zu sehen, und immer ganz besonders günstige Angebote wie z. B. die untenstehenden.

- Herren-Beinkleid wollgemischt, solid, Strapazierware ... Gr. 4 175
Herren-Hemd dazu passend ... Gr. 4 245
Damen-Schlüpfer Kunstseide mit angerauchtem Futter, halbbare Qualität, Größe 42-48 ... Gr. 42 175
Kinder-Hemdchen wollgemischt, offene Form, mit langem Arm ... Gr. 60 095

Mitglied des Kunden-Kredit C. a. M. H. G. (Kapital)

Rudolf Petersdorff

BRESLAU-OHLAUERSTRASSE-SCHUHBRÜCKE

Genosse Dombrowski: Aus den Ausführungen meines Parteigenossen...

Tann kommen die Anträge der Kommunisten auf Winterhilfsmaßnahmen...

- 1. Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe...
2. Ausgabe von Kohlen- und Lebensmittelscheinen...
3. Kostenlose Lieferung von Winterbekleidung...

Alle Magistratsvertreter - der Wohlfahrtsdezernent, der Kammerer...

Heute tritt alles an:

- West: Anglerheim, Leuthenstraße, 18.30 Uhr
Zentrum: Arndt, Mehlgasse 27, 18 Uhr
Nord: Weissenburger Platz, 18 Uhr
Nordost: Laurentiusplatz, 18 Uhr
Süd: Brodauer Platz, 18 Uhr
Süd: An den Reichsädem, 18 Uhr.

Es geht nicht abzutreten

Die „Weltmacht“ ist verständlicherweise über unseren Bericht über die Vertreterversammlung sehr böse...

Im übrigen können wir zum Beweise der Wirksamkeit unseres Berichtes die Unterhaltung zweier sozialdemokratischer Stadtverordneter...

Schlägerei zwischen Stahlhelm und Reichsbanner

Heute Nacht, gegen 0.45 Uhr, kam es auf dem Ringe zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Stahlhelmen.

Achtung, Rotflandersarbeiter

Der Erwerbslosenrat teilt uns mit, daß die Nachzahlung ab Montag erfolgt.

Stadtteil Ost

Alle Mitglieder der einzelnen Organisationen - Partei, Jugend, Selbstschutz, Rote Hilfe, M.S. und Jung-Partialis-Bund...

Stadtteil West

Sonabend 20 Uhr in den Gambrinus-Jalen, Lange Gasse, kombinierte Funktionärversammlung...

Stadtteil Süd

Sonntag 10.30 Uhr treffen sich alle Mitglieder der SPD, der Roten Hilfe, der Jugend und der Antifaschistischen Arbeiterwehr...

Im Stadtparlament kamere man über die Erwerbslosigkeit, und im Reichstag lehnte man die kommunistischen Anträge...

Dadurch würde die Möglichkeit geschaffen, einen beträchtlichen Teil der Erwerbslosen in den Produktionsprozess einzubeziehen...

Aus der Partei

Nach Entgegennahme des Berichtes der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion hat das Sekretariat der W. beschlossen...

1. Genosse Ammon hat in letzter Zeit wiederholt politische Fehler sowohl bei Abstimmungen im Magistrat...

2. Genosse Ammon hat in der Stadtverordnetenversammlung, die gestern stattfand, sich in Gegenwart der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion gestellt...

Mieter vom Ohlauer Tor

Heute, Freitag, 20 Uhr findet im Lokal Zondlid, Königgräber Straße 10, eine öffentliche Mieterversammlung statt...

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau
- Nordost: Heute 18 Uhr treten Parteigenossen und Arbeiterwehr am Laurentiusplatz an.
- Stadtteil Nordost: Täglich Parteigenossen und Kameraden der Arbeiterwehr treffen sich Sonntag um 7.45 Uhr mit Rädem Uferstraße 43 bei Schneider.
- Zentrum: Freitag 20 Uhr bei Arndt, Mehlgasse 27, Frauenversammlung.
- Süd: Sonntag 10.30 Uhr im „Weißen Raum“ Antifaschistenversammlung.
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
- Freitag, den 11. Oktober, treffen sich alle erwerbslosen Jugendgenossen um 17 Uhr bei Mehlg. Uferstraße 43.
Sonstige Organisationen
Breslau
- Mieter vom Ohlauer Tor: Freitag 20 Uhr findet im Lokal Zondlid, Königgräber Straße 10, eine öffentliche Mieterversammlung statt.
- Gesangschor „Goë“: Gemischter Chor, Freitag 20 Uhr im „Weißen Raum“.
- Arbeiter-Gewerkschaft: Freitag 20 Uhr im Grabenplatz bei Rütner, Uferstraße 28, Bezirksratsversammlung.

Der Weg einer Proletarierin

Mutter: W. Baranowskaja
M A N E G E

Jugend verboten!
Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pf.
Mit Besucherkreisarte 50 Pf., ohne: 70 Pf. Eintritt
Heute Freitag - 5 und 8 Uhr
Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Jahres-Ausstellung 1929
des Bundes für bildende Kunst in Oberschlesien
Oppeln, Städtische Berufsschule Moltkestrasse
Geöffnet vom 8. 9. bis 15. 10. 1929
Besuchzeit täglich von 10 bis 18 Uhr
Eintrittspreis
0.50 M. für Erwachsene, 0.20 M. für Jugendliche

Max Schönfelder
Breslau 1, Albrechtstraße 56

Rücksichtslos beschleunige ich das Tempo meines Waren-Umsatzes durch rationalistisch eingestellten Betrieb und radikal herabgesetzte Preise...

Table listing various goods and their prices, including items like '4800 Flaschen La Reina', 'Qualitäts-Sardine in Öl ohne Gräten', etc.

Werbe-Verkauf
in echt Meißner Honigtuchen
Echt Meißner Schokoladen-Perlen
Echt Meißner Spitztuchen mit Glasur
Echt Meißner Spitztuchen mit Schokolade
Echt Meißner braunes Konfekt
Echt Meißner Konfekt mit Schokolade
Echt Meißner Lederbissen mit Füllung
Echt Meißner Bombenplüster mit Füllung
Echt Meißner Pfeffernüsse
Echt Meißner Bomben mit Schokolade

extra billigen Angebote:
Ia. Holsteiner Blodwurst in ganzen Würsten
bei 1 3 5 10 Pfund
das Pfund M. 1,55 1,83 1,81 1,79
im Ausschneit 1/4 Pfund M. 0,50
Ia. Holsteiner Cervelatwurst
bei 1 3 5 10 Pfund
das Pfund M. 1,95 1,93 1,91 1,89
im Ausschneit 1/4 Pfund M. 0,55
Spezialität: Gebackter Schinken
in wunderbarer, saftiger und milder Qualität
1/4 Pfund nur 60 Pfennige
Edamer- und Gouda-Käse
sind im Preise bedeutend billiger.
Ich biete noch weiter billig an:
Edamer Käse, zartweich 1/4 1/2 1 Pfund
M. 0,22 0,43 0,84
Kugel ca. 3 1/2 Pfund, je Pfund M. 0,82
Goll. Gouda-Käse, mild und butterweich
1/4 1/2 1 Pfund
M. 0,22 0,43 0,84
1/2 Laib ca. 6 Pfund, je Pfund M. 0,82
1/1 Laib ca. 12 Pfund, je Pfund M. 0,80
Achtung! Achtung! Butter billiger!
Feinste Molkerei-Tafelbutter
Kernmarke
konnte ich auf M. 2,16 je Pfund herabsetzen.
Max Schönfelder
Kaffee-Mästerei :: Tee-Import
Waren-Verkauf-Gauß- und Weingroßhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße 56

Tietz-Hüte haben besonderen Schick!



Nette Filzkappe Neueste Form
 reichgearbeitet, in neuesten Farben **390** fesch aufgeschlagen, in apartier Verarbeitung .. **790**



Großeschräge Glocke Kleidsame Filzglocke
 mit gesteppten Biesen u. seitlich Metallschnalle **850** besonders jugendlich, mit aufgerautem Kopf **450**



Modische Glocke Elegante Filzglocke
 mit flatter Ripsband-garnitur **690** „Woll-Antilope“ — in modernsten Farben .. **1190**

T I E T Z

LEONHARD AKTIEN-GES.

Breslau, Ohlauer Str. 71-73

ZENTRAL-THEATER

Breslau VI, Westendstrasse 30
 Telefon 23429
 Bis Donnerstag, den 17. Oktober 1929
Liane Haid

in **SOS. — Schill in Not**
 8 spannende sensationelle Akte
 Untergang eines Ozeanriesen
 Afrika mit seinen Rätseln u. Gefahren
 Dazu als 2. Film:
Funkzauber
 Ein Volksstück von des Rundfunks
 und der Liebe Wellen
 8 Akte mit Xenia Desni,
 Werner Krauss, Fritz Kampers

EDEN-THEATER

Nikolaistr. 27
Schallstürme und Lachorkane
 erheben sich bei uns und verzögern das Kommen des Zeppelins um weitere 24 Std., wenn
Richard Talmadge

In seinem neuesten Film
Jimmys Millionen
 das Publikum in helle Begeisterung versetzt. Liebe, Hiebe u. Intrigen
 Ferner:
Geschminkte Jugend
 Briefe einer Minderjährigen
 ein modernes Großstadtbild.
 Vorstellungen 5, 7, 9 Uhr, Sonntag 3, 5, 7, 9 Uhr
 Erwerbss. von Montag bis Donnerstag bis 7 Uhr 40 und 50 Pfg

Total-Ausverkauf

meiner
Strumpf- und Trikotagen - Lager
 wegen Aufgabe der Geschäftsräume
zu Sensationspreisen

Wollgem. Kinder-Anzüge alle Größen **0.85**
 Wollplatt. Kinderstrümpfe alle Größen **0.75**
 Gestr. Kinderwesten, alle Gr. **2.75**
 Frauenstrümpfe, 1x1 gestr. **0.75**
 Baumwoll. Kinderstrümpfe alle Größen **0.45**
 Mako- und Einsatzhemden usw. alle Größen **1.25**

Siegfried Fischel
 Breslau / Reuschestraße 34
 Jetzt müssen Sie kaufen!

BUCHDRUCKEREI

Unsere leistungsfähige
BUCHDRUCKEREI
 liefert Briefbogen, Rechnungen, Preislisten, Kataloge, Programme, Einlaßkart., Plakate, Flugblätter, Broschüren, Werke aller Art, Zeitschriften u. a. m. in Ein- und Mehrfarbendruck prompt u. preiswert
 Spez.: Massen-Auflagen

PEUVAG

Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-Akt.-Gesellsch., Berlin
Filiale Breslau
 Trebnitzer Straße 50
 Telephon-Anschl. 28837

Dir-Truck

Radrennbahn Grüneiche

Sonntag, 13. Oktob., nachm. 2 Uhr

2. Motorrad-Aschenbahn- und Zementbahn-Rennen mit hervorragender Besetzung

Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt
 Eintrittspreise v. 1.- Mk. ab, Kinder die Hälfte

Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schnürsenkel
 Nur persönl. kommen
Reste

in Serge, Klette, Gehwand, Hermelfutter, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal, alles sehr billig prima Ware
 Detail und Gros
Berth. Lippert
 Breslau

Feinrichstraße 16
 Filiale: Oderstr. 17
 Weißberggasse 43

Inserate

haben in unserer Zeitung

guten Erfolg

Metallbetten Polstermatratzen
 billigst
 Eisenhandlung
Franz Neumann
 Inh. Herm. Pohl
 Schweidnitz, Ring 36

Zigarren
 eigenes Fabrikat
Zigaretten
 Rauch- u. Kautabak

E. Wolf
 Schweidnitz
 Büttnerstr. 26

Schokoladen aller Art
 Spezialität: Trumpt-Schokolade

liefert
Alois Henschel & Co.
 Breslau, Brunnenstr. 34 u. Tauentzienplatz 6

W. Kelling
reinigt färbt wäscht
alles für alle

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen

Sonntag, den 13. Oktober 1929, nachmittags 2 Uhr, in Schwarzwalda u. in der Post-Diele,

Öffentliche Kundgebung

gegen die Verschlechterung der Versorgungsgeschäfte.
 Hierzu werden alle Kriegsbeschädigten, Kriegerhinterbliebenen sowie Eltern von gefallenen Söhnen von Schwarzwalda und den umliegenden Ortschaften, gleichviel welcher Organisation sie angehören, herzlich eingeladen. Kriegsoffer! erscheint reiflos, denn es geht um eure eigene Lebenszeitung.

Der Einberufer.

10 Worte
Genossinnen

sagt beim Einkauf den Geschäftsleuten
 „Wir kommen zu Ihnen, weil Sie in unserer Zeitung inserieren!“

Ein großer Fortschritt im Reiche der Frau!



der neue linke Helfer, erleichtert alle Reinigungsarbeit! Im Nu machst du die feinsten Geschirre blitzsauber und verschönst sie mit herrlichem Glanz. Porzellan, Glas, Marmor, Stein, Holz und Metall, alles machst du viel schneller rein. Selbst die schmutzigsten Geräte, wie Mops, Spülsimer, Bohnentücher usw. werden frisch, sauber und geruchlos. Dazu ist es sehr ergiebig. Nur 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = 1 Eimer. Wie sparsam! Versuchen Sie Ihren zeitsparenden Helfer

Henkel's Spül- und Reinigungsmittel
 für Haus- und Küchengeräte
 Hergestellt in den Darsil-Werken

ff. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Georg Loebel
 Breslau, Klosterstraße 85

Egon Kraus, Schweitzerstr. 9
 Beste Bezugsquelle für sämtliche Lebensmittel zu kleinen Preisen
 Für die kalte Jahreszeit empfehle ich meinen ganz vorzüglichen Jam.-Rum-Verschnitt per Ltr. Mk. 3 75

Modehaus Landsberger
 Ring, Buttermarktseite
Kleider, Mäntel
 Sportfächer — Badeartikel
 in größter Auswahl
Niedrigste Preise

Otto Klaebig, Weidenstraße 18
 Messerschmiedemeister
 Schleif- und Polier-Anstalt
 Stahlwaren-Spezialgeschäft

Bettfedern
 geschlossene u. ungeschlossene garantiert staubfrei und füllkräftig
Inletts, Bettbezüge
Fertige neue Betten
 Große Auswahl. Allerbilligste Preise
Bettfedernhaus Liebich
 Breslau, Neue Taschenstraße Nr. 1b (Schräglüber vom Viktoriatheater)
 Zur Bettreinigung empfehle meine moderne neuzeitliche Maschine.

Kolonialwaren u. Lebensmittel kauft nur bei
Klara Lison
 Schweidnitz, Langstr. 23

Zieh' Schuhe an von **Heinemann**
 Striegau, Wittigstraße

3 Läden
 sorgen in bester Weise für Ihr leibliches Wohl:

Ring 8b
 Wilhelmstraße 1
 Germaniaplatz 5
Karl Gmyrek, Gleiwitz